

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	13
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	17
1 Einleitung	19
1.1 Thematische Einführung und Fragestellungen	19
1.2 Methodik und Aufbau der Arbeit	23
1.3 Literatur- und Quellenlage	25
1.4 Definition und Abgrenzung wichtiger Begriffe	27
2 Vorüberlegungen	31
2.1 Die politische Ausgangslage für die Gesetzgebung	31
2.1.1 Die Grundeinstellung der Parteien zum Föderalismus	31
2.1.2 Die politische Lage in den Ländern und die Mehrheiten im Bundesrat 1966-1976	32
2.1.3 Die große Koalition beim Bund 1966-1969	38
2.1.4 Die sozialliberale Koalition beim Bund zwischen 1969 und 1982	41
2.2 Grundsätzliche Fragen des Föderalismus und Instrumente des politischen Aushandlungsprozesses	44
2.2.1 Der Staatscharakter der Länder bei verminderten Gestaltungsmöglichkeiten	44
2.2.2 Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	48
2.2.3 Entscheidungsfindungen in den Gremien von Bundestag und Bundesrat	50
2.2.4 Der Vermittlungsausschuss	52
2.2.5 Der Vetospieler-Ansatz	54
2.2.6 Der Bundesrat als mögliches Blockadeinstrument der Bundestagsopposition	56

2.3	Die hochschulpolitische Ausgangslage für die Gesetzgebung	63
2.3.1	Die prognostizierte Bildungskatastrophe	63
2.3.2	Die Lage an den Hochschulen in den 1960er Jahren	66
2.3.3	Die studentischen Proteste an den Hochschulen in der politischen Reflexion	68
2.3.4	Die Hochschulgesetze der Länder bis 1976	71
2.4	Zusammenfassung	74
3	Das 22. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes von 1969 bezüglich der Kompetenzen im Bildungs- und Hochschulbereich ...	77
3.1	Überblick über das Gesetzgebungsverfahren	77
3.1.1	Die große Finanzreform als Rahmen für Kompetenzverlagerungen	77
3.1.2	Der Gesetzgebungsgang zum Hochschul- und Bildungswesen	79
3.2	Handlungsstrategien und Koordinierung der beteiligten Akteure	82
3.2.1	Die FDP als Protagonist einer zentralen Hochschulpolitik des Bundes	83
3.2.2	Handlungsziele und Koordinierungen der Bundesregierung	87
3.2.3	Die internen Abstimmungen von Union und SPD	91
3.2.4	Die partei- und ebenenübergreifende Koordinierung am Beispiel der Maßnahmen gegen die Studentenproteste	94
3.2.5	Die Selbstkoordinierung der Länder im Staatsvertrag über das Ordnungsrecht und das Hochschulwesen	96
3.3	Die Überlagerung des parteienstaatlichen durch das föderative Element am Beispiel der Verhandlungen in den Politikarenen	97
3.3.1	Die Verhandlungen im Bundestag	98
3.3.1.1	Die Beratungen in den Bundestagsausschüssen	98
3.3.1.2	Die zweite und dritte Lesung im Bundestag	101
3.3.2	Die ablehnende Haltung der Länder im Bundesrat	104
3.3.2.1	Die Beratungen in den Bundesratsausschüssen	104
3.3.2.2	Die Debatte im Plenum des Bundesrates	105
3.3.3	Die Kompromissbildung im Vermittlungsausschuss	107
3.3.3.1	Die Verhandlungen über die Bildungsplanung	108
3.3.3.2	Die Verhandlungen über das Hochschulwesen	111
3.4	Die Rolle von Interessenverbänden im Gesetzgebungsprozess	115
3.5	Zusammenfassung	117

4 Das Hochschulrahmengesetz von 1976	121
4.1 Die gesellschaftspolitischen und verfassungsrechtlichen Konfliktlinien einer Hochschulrahmengesetzgebung	121
4.1.1 Die formalen Konflikte	122
4.1.2 Die materiellen Konflikte	124
4.1.2.1 Die Demokratisierung des „Elfenbeinturmes“	124
4.1.2.2 Die Gesamthochschulen als Fundament einer sozialliberalen Hochschulreform	126
4.1.2.3 Das Problem von Zulassungsbeschränkungen gegen die Überfüllung der Hochschulen	128
4.1.2.4 Das Ordnungsrecht zur Eindämmung der studentischen Gewalt	129
4.1.2.5 Die Neuordnung des Hochschulwesens durch eine Studienreform	131
4.2 Überblick über das Gesetzgebungsverfahren	132
4.2.1 Das Gesetzgebungsverfahren in der fünften und sechsten Wahlperiode	132
4.2.2 Äußere Einflüsse auf das Gesetzgebungsverfahren	133
4.2.2.1 Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum numerus clausus und zur Mitbestimmung	135
4.2.2.2 Die Rolle von Interessenverbänden	137
4.2.3 Die Gesetzgebung in der siebten Wahlperiode	140
4.3 Handlungsstrategien und Koordinierungen der beteiligten Akteure	141
4.3.1 Die Arbeitsweise und Interessendurchsetzung der Bundesregierung	142
4.3.1.1 Die strukturelle und personelle Entwicklung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft	142
4.3.1.2 Die 14 Thesen Hans Leussinks	149
4.3.1.3 Der Regierungsentwurf der sechsten Wahlperiode	153
4.3.1.4 Der Regierungsentwurf der siebten Wahlperiode	158
4.3.1.5 Der „Mob-Plan“ der Bundesregierung zur Umgehung eines Bundesratsvetos	161

4.3.2	Die Abstimmungen der Bundestagsopposition mit den unionsgeführten Bundesländern und deren Interessen	165
4.3.2.1	Interessenunterschiede zwischen der Union im Bund und in den Ländern	165
4.3.2.2	Das Ringen der Union um einen eigenen Entwurf der CDU/CSU-Bundestagsopposition	168
4.3.2.3	Der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsopposition	172
4.3.2.4	Das koordinierte Vorgehen der Union in der siebten Wahlperiode	174
4.4	Die Überlagerung des föderativen durch das parteienstaatliche Element am Beispiel der Verhandlungen in den Politikarenen	176
4.4.1	Die Verhandlungen in der sechsten Wahlperiode	177
4.4.1.1	Die erste Lesung zweier konkurrierender Gesetzentwürfe im Bundestag	177
4.4.1.2	Die Verzögerung der Ausschussberatungen in der sechsten Wahlperiode	179
4.4.1.3	Die alternativlose Annäherung der Koalition an die Opposition	182
4.4.1.4	Die Bundesratsverhandlungen in der sechsten Wahlperiode	187
4.4.2	Die Verhandlungen in der siebten Wahlperiode	190
4.4.2.1	Die offene Konfrontation in der ersten Lesung im Plenum des Bundestags	191
4.4.2.2	Die Verzögerung der Beratungen in den Bundestagsausschüssen	193
4.4.2.3	Die Verzögerung der Ausschussberatungen durch interne Streitigkeiten der Regierungskoalition	197
4.4.2.4	Die konfliktreiche zweite und dritte Lesung im Bundestag	198
4.4.2.5	Die Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Bundesregierung	201
4.4.2.6	Die Verhandlung des Bundesrates über den Entwurf des Bundestages	204
4.4.3	Die Koordinierung und Kompromissbildung im Vermittlungsausschuss	205
4.5	Das Kompromissergebnis eines Hochschulrahmengesetzes in der Bewertung durch die Akteure	209
4.6	Zusammenfassung	212

5	Folgen der Hochschulrahmengesetzgebung	217
5.1	Die Auswirkungen eines verspäteten Gesetzes	217
5.2	Föderalismusdiskussionen	219
5.2.1	Die Verfassungsreform 1994	219
5.2.2	Die Bundesstaatskommission 2003	220
5.2.3	Die Grundgesetzänderungen der zweiten großen Koalition 2006	221
5.3	Zusammenfassung	223
6	Schluss	225
	Quellenverzeichnis	235
	Literaturverzeichnis	237
	Rechtsprechungs-, Schriftverkehr- und Interviewverzeichnis	249